

Alsdorf, den 11.Juni 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Presse.

Heute soll der Rat für die Stadt Alsdorf die Zukunft bis 2027 entscheiden, wie die Stadt zukünftig sich weiter entwickeln kann. Die FDP in Alsdorf vertreten die Meinung, dass die gewählten Stadtverordneten für die Stadt Alsdorf dies nicht so einfach entscheiden sollten.

Kurz gesagt:

Die FDP Alsdorf hat sich dafür entschieden, nicht dem Verwaltungsvorschlag zu folgen. Die FDP setzt auf eine Abstimmung für einen Bürgerhaushalt in Stadt Alsdorf.

Dieses möchten wir wie folgt auch begründen:

Die Haushalts – Sicherungskonzepte in der Stadt sind seit 1995 Bestandteil der Stadt Alsdorf. Man hat viele Konzepte entwickelt und gespart. Nun haben wir 2015 erreicht!

20 Jahre sind vergangen und die Haushaltssituation in der Stadt hat sich nicht verbessert. Sie hat noch mehr Haushaltsprobleme bekommen, durch Erlässe, die von Bund und Land auferlegt worden sind.

Die Verwaltung und der Rat haben bis heute fast alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Sogar das Eigenkapital der Stadt von ca. annähernd 100 Millionen/Euro sind aufgebraucht. Die Gesamtverschuldung der Stadt liegt bei ca. 250 Millionen/Euro, dies ist eine Verschuldung pro Einwohner von ca. 5300 Euro.

Man muss sich einmal diese Summe vorstellen, und ein Ende der Verschuldung ist noch nicht abzusehen.

Auch, wenn der Rat heute eine Grundsteuererhöhung auf 695% - Punkte dem Haushaltetat ab 2016 durch Mehrheit zustimmt, steht die Stadt 2017 wieder vor einem Einnahmeproblem und eine weitere Einnahmeerhöhung muss vorgenommen werden.

Der Haushaltetat beinhaltet aber noch freiwillige Ausgaben von ca. über 2 Millionen/Euro in den Kostenstellen, und könnte für den noch zum Ausgleich anstehenden Betrag im Haushaltssicherungsetat 2015/2016 gekürzt werden, bevor eine Grundsteuererhöhung beschlossen wird.

Über die Kürzung von den noch restlichen freiwilligen Ausgaben sollten die Bürger der Stadt Alsdorf eine Entscheidung treffen, auf welche freiwillige Haushaltsequipments noch verzichtet werden kann.

Die Möglichkeit über einer Entscheidung sollten aber besonders die sozialen schwachen Bürger in Stadt Alsdorf ermöglicht werden.

z.B. Rentnerwitwen die nur ca. 60% Altersrente beziehen, Arbeitslose und Minderverdiener usw.

Die heute im Ruhestand sind und haben in den vergangenen Arbeitsjahren für ihre Altersversorgung eingezahlt, wo man ihnen versprochen hat eine gute Altersversorgung (Rente) zu haben, haben den Versprechungen der Regierungen vertraut.

Das war falsch!!!

Mittlerweile, durch enorme Abgaben, wie Steuern und vieles mehr nimmt man es den Rentnern wieder ab. Viele Rentner, sparen die mittlerweile hohen Abgaben, an Lebensmitteln ein, **was erst recht falsch ist.**

Am vergangenen Dienstag habe ich im Lokalteil der Aachener Zeitung einen Bericht gelesen.

„Baustellen gibt es in der ganzen Stadt“.

Alsdorf investiert in zahlreiche Maßnahmen.

Dies sind zwar fast alle Beschlüsse vom Rat, auch hier konnten im Haushaltsetat Prioritäten festgelegt werden und einige Ausführungen geschoben werden, statt nur die Lösung in der Realsteuererhöhung zu suchen.

Die investierte Summe beläuft sich auf ca. 3,8 Mio., wo die Stadt Alsdorf auch ihren Beitrag zu der Summe leisten muss.

Die FDP möchte es aber auch nicht versäumen noch mal darauf hinzuweisen, dass die Stadt für den Solidarbeitrag an die neuen Bundesländer, ca. 1,4 Millionen/Euro pro Jahr aufbringen muss und auch über Darlehen finanziert wird und die StädteRegion hat für ihren Haushaltsetat wiederum die Umlageabgabe erhöht.

Die StädteRegion sowie die Landes - und Bundesregierung machen es sich einfach mit Ihren Umlagen und Auflagen, die sie den Kommunen aufbürden.

Ich möchte, aber auch mal in die Geschichte gehen und über das Personenschiff, die „Titanic“ mit der Stadt Alsdorf vergleichen. Die „Titanic“ galt in ihrer Zeit als unsinkbar, genauso, wie viele heute sagen, dass eine Stadt wie Alsdorf, nicht in die Insolvenz gehen kann. Die Geschichte hat gezeigt, die „Titanic“ ist gesunken.

Ich möchte mal darauf hinweisen, dass sich Geschichte wiederholt, sehr geehrte Damen und Herren.

Die Drohungen von den übergeordneten Behörden, wenn der Rat keinen Beschluss zur Erhöhung von Einnahmen vornimmt, wird ein Sparkommissar von der Landesregierung gesandt.

Zu diesen Äußerungen möchte drauf antworten:

„Die Kuh kann nur so viel Milch geben, wie sie abgeben kann“.

Die Landes – FDP/NRW hat an den Bundestag schon seit längerem einen Antrag für die Abschaffung des Soli beantragt, leider ist er bis heute noch nicht bearbeitet. Somit muss der Soli auch über Darlehen weiter finanziert werden. Viele, viele Haushaltsequipments müssen so weiter finanziert werden.

Werden sich in Kürze die Zinsen erhöhen, was mit Sicherheit in Kürze erwartet wird, so steht der Haushaltsetat der Stadt Alsdorf für seine in Anspruch genommen Kredite wieder vor einem Einnahmeproblem.

Unsere kommende Haushaltssituation wird sich in den nächsten Jahren nicht besser entwickeln, sondern die wird noch katastrophaler.

Immer mehr finanzielle Auflagen von Bund und Land lassen sich in Stadt Alsdorf nicht mehr finanzieren.

„Es tut es einfach nicht mehr“.

Die Belastung der Einwohner in der Stadt wird immer größer. Wenn von Bund und Land keine finanzielle Unterstützung kommt, ist **ein griechischer Albtraum nicht mehr weit von uns entfernt!**

Nach der amtlichen Statistik, geben im Vergleich zu den anderen Bundesländern in Deutschland, die NRW-Kommunen, je Einwohner **ca.140 Euro im Jahr** mehr aus.

Viele Kommunen in NRW wenden fast die Hälfte ihres Haushaltsetat in Sozialausgaben auf, so auch Stadt Alsdorf, dies geht aus einer Studie der Bertelmann Stiftung hervor, die Montag in Berlin veröffentlicht wurde.

Die amtliche Statistik, auf die Verhältnisse in Stadt Alsdorf übertragen hätte die Stadt bei einer Haushaltsoptimierung, rund 6 Mio./ Euro mehr in der Kasse und wäre damit dem Haushaltsausgleich ein sehr großes Stück näher und es könnten sogar schneller die Kredite getilgt werden. **Ohne eine wirksame Bremse wird eine finanzielle Talfahrt unserer Haushaltssituation nicht zu stoppen sein.**

Dafür vertrete ich die Meinung, dass die Einwohner der Stadt im Sinne eines Bürgerhaushaltes beteiligt werden und über den zukünftigen Haushaltsetat mitentscheiden können und sollten.

Für mich und die FDP Alsdorf ist es nicht abzusehen wie der zukünftige Werdegang der Stadt Alsdorf prognostiziert werden kann.

Darum stelle ich im Rat heute den Antrag einen Beschluss zu fassen , den Haushaltet 2015/2016 mit den Einwohner der Stadt Alsdorf im Sinne eines Bürgerhaushaltes zu beraten, wie die Entwicklung der Stadt bis 2027, in die Zukunft gehen soll.